



18. Februar 2022

Indien: Bald elf Bundesstaaten mit Anti-Bekehrungs-Gesetz

Hass auf Christen führt zur Zerstörung von zwei Kirchen

(Open Doors, Kelkheim) - Am 9. Februar hat das Kabinett des indischen Bundesstaats Haryana den Entwurf eines neuen Anti-Bekehrungs-Gesetzes verabschiedet. In den kommenden Wochen wird das Landesparlament über dessen Einführung entscheiden. Ebenfalls in diesem Monat wurden in Chhattisgarh und Karnataka zwei Kirchengebäude bei Angriffen aufgebrachter Hindus zerstört.



Christen in Kistaram vor den Überresten ihrer kleinen Kirche

Fragwürdige Begründung und viel Spielraum für Interpretationen

Haryana ist das jüngste Beispiel einer Reihe von Bundesstaaten, deren Regierungen in den vergangenen Monaten neue Anti-Bekehrungs-Gesetze erlassen oder bestehende Gesetze verschärft haben. In Uttar Pradesh wurde bereits im Dezember 2020 ein Gesetz verabschiedet, das den erzwungenen Religionswechsel unter Strafe stellt; im selben Monat trat ein ähnliches Gesetz in Himachal Pradesh in Kraft. Madhya Pradesh und Gujarat folgten im Januar und April 2021 mit der Verschärfung bereits bestehender Gesetze. Zuletzt wurde im Dezember in Karnataka ein Anti-Bekehrungs-Gesetz verabschiedet, das noch in diesem Monat ratifiziert werden soll. Alle diese Bundesstaaten werden von der hindu-nationalistischen „Bharatiya Janata Party“ (BJP) regiert, die auch die Regierung von Premierminister Modi stellt.

„Wir sind besorgt über diese neue Entwicklung in Haryana, da somit bereits der elfte Bundesstaat in Indien ein Anti-Bekehrungs-Gesetz haben wird“, sagte Indien-Expertin Rinzen Baleng von Open Doors. „Das Fehlen einer angemessenen Definition von darin genannten Straftatbeständen wie Betrug, Verführung und Täuschung macht diese Gesetze anfällig für Missbrauch“, betont Baleng und

weist darauf hin, dass die Beweislast allein bei der beschuldigten Person liegt. Aus vielen Beispielen weiß sie: „Diese Gesetze werden willkürlich genutzt, um Minderheiten unter Druck zu setzen.“

Die Verfasser des Gesetzentwurfs von Haryana erklärten hingegen, es habe in ihrem Bundesstaat „zig Fälle“ von Zwangskonversion gegeben. Die Behauptung ist nicht neu: Schon im vergangenen September klagte ein BJP-Politiker im Landesparlament von Karnataka, dass Zwangskonversionen in seinem Wahlbezirk „weit verbreitet“ seien. Doch eine von den örtlichen Behörden durchgeführte Umfrage unter den Christen des Wahlkreises ergab keine Beweise für diese Behauptung.

Kirchenzentrum mit Bulldozer zerstört

Während sich die Anti-Bekehrungs-Gesetze nicht explizit gegen Christen richten, sondern gegen alle religiösen Minderheiten, hat der Hass auf Christen zur Zerstörung von zwei Kirchen geführt.

In der Ortschaft Kistaram (Bundesstaat Chhattisgarh) hatte eine Gruppe von Christen auf dem Grundstück eines ihrer Mitglieder einen provisorischen Bau errichtet, der am 5. Februar einem Brandanschlag zum Opfer fiel. Nach Aussagen einiger Christen hatte der Leiter des örtlichen Polizeipostens Dorfbewohner ausdrücklich zu der Tat ermutigt; nach dem Vorfall weigerte er sich, eine Anzeige von den Hilfe suchenden Christen aufzunehmen. In der Nähe der Stadt Mangaluru (Bundesstaat Karnataka) rückten Hindu-Extremisten sogar mit einem Bulldozer an, um den Gebäudekomplex einer örtlichen Kirche anzugreifen. Zusammen mit dem Gottesdienstraum wurden dabei auch Unterkünfte für bedürftige Familien zerstört. Als Folge sind 30 Familien seit dem Vorfall obdachlos.

Auf dem [Weltverfolgungsindex 2022](#) belegt [Indien](#) den 10. Platz unter den Ländern, in denen Christen am stärksten wegen ihres Glaubens verfolgt werden.

Quellen: UCAN, Fides, CSW, Open Doors